

Arbeiter-Zeitung

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Fringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erhöht notwendig 16mal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von anderen Orten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion: Salberstraße, Dornplatz 48. Fernruf 2314. Sendung: Salberstraße, Tagelager, Paul Meier, G. m. b. H. Verantwortl. für Inhalt u. Wirkstoff: Arthur Moltenberg, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Redakteur u. Inserate: Carl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 10 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kolonelle 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Aufgebunden ist der bei Zustellung vorliegende letzte Kurs. Für die Normale von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewerbe nicht übernommen werden. Anzeigen-Nachnahme in der Geschäftsstelle Salberstraße, Dornplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Woltkefonten Wagedau 4626 und Selbstabhandlung (Eislerstraße) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 242

Mittwoch, den 15. Oktober 1930

5. Jahrgang

Streik erklärt.

Die Berliner Metallarbeiter treten heute in den Kampf.

Berlin, 15. Oktober. (H.) Von den 126 185 in den Betrieben des Vereins Berliner Metallindustrieller beschäftigten Arbeitern haben sich 106 433 Arbeiter und Arbeiterinnen an der Urabstimmung für oder gegen den Lohnabbau-Schiedspruch beteiligt. Davon wurden abgegeben für die Ablehnung des Spruches 90 589 Stimmen, für die Annahme 15 834 Stimmen. Eine Sonderung der Stimmten auf den Metallbetrieben nahm das Endegebnis der Abstimmung und den Streikbeschluss der Metallarbeiter, mit stürmischen Beifall zu. Am 15. Oktober in den 276 Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustrieller beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen treten heute in den Streik. In jedem Betrieb haben die Streikenden nach den Vereinbarungen des Metallarbeiterstreikartikels ein Streikartikel zu bilden und bis 10 Uhr vormittags an das Büro der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes Bericht über den Beginn des Streiks zu erstatten.

Die Märfel sind also gefallen. Am heutigen Mittwoch beginnt der große Abwehrkampf der Berliner Metallarbeiter gegen die Lohnabbauverträge der Metallindustriellen. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat die Ortsverwaltung angewiesen, alle Maßnahmen zu treffen, damit die große Abwehraktion der Berliner Metallarbeiter auf der ganzen Linie mit voller Macht einfallen kann. Die Arbeitsunterbrechung wird infolgedessen sämtliche Metallbetriebe erfassen.

Der Streik ist im Rollen. Ein großer Kampf beginnt — ein Kampf, auf den die Augen der arbeitenden Arbeiter aller ganz Deutschlands gerichtet sein werden, ein Kampf, dessen Ausgang für die Neuordnung der Lohnfrage bedeutsam sein wird. Die Berliner Metallarbeiter kämpfen in ihrem Kampf nicht nur für ihre, sondern für die Sache der ganzen deutschen Arbeiterklasse. Hinter ihnen steht bereits — das dürfen die Berliner Metallarbeiter gewiß sein — auch die gesamte deutsche Arbeiterklasse mit leidenschaftlicher Anteilnahme an dem großen Ringen zwischen Arbeit und Kapital.

Bei dem Berliner Metallstreik geht es wirklich nicht um kleine Dinge. Seine Bedeutung läßt sich kaum überschätzen. Um so wichtiger und größerer mühen die politischen Leiter der Verbände der kommunistischen Partei. Sie fordert 20 1/2 Stunden pro Stunde. Das soll nach etwas ausfallen. Dabei weiß doch nun allmählich auch der letzte Arbeiter im letzten beschriebenen Dorf, was es zuerst in Wirklichkeit geht. Ja, wenn man mit der großen Klasse Arbeiterklasse ausfinden könnte, dann wäre die Sache einfach. Dann wäre es am besten, wenn die Gewerkschaften einpachen und das Kampffeld der „KOD“, d. h. der

„Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ der Kommunisten überfallen würden. Die könnten dann spielend den Konflikt lösen. Einfallen sind wir leider noch nicht so weit, daß Arbeitskämpfe mit dem großen Maß durchgefohren werden. Einfallen liehen die Dinge so, daß nur restlose Einmütigkeit der Arbeiterklasse in den Fabriken und Betrieben dieser Lage einen wirklichen Schutz gegen Lohnabbau und Massenverelendung darstellt. Quereiserei ist in diesem Augenblick gleichbedeutend mit Verrat an der Sache der Arbeiter. Disziplin, Zusammenhalt und Gefolgschaft sind oberstes Gebot. Erst wenn das Unternehmern selbst, daß es einem geschlossenen, festen Bollwerk gegenübersteht, kommt es zur Beilegung.

Die Führer im Kampf.



Ulwin Brandes und Max Ulrich, der Führer des DMB und der Streikleiter in Berlin.

Der Reichsarbeitsminister hält sich noch zurück.

Das Reichsarbeitsministerium hat, wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, im Berliner Metallstreik nach der Verschärfung der Situation mit den Parteien noch nicht Stellung genommen. Es wartet zunächst deren offizielle Erklärung zum Schiedspruch ab.

Landtags-Beginn.

Das Mittrauen der Reaktion gegen Otto Brauns Regierung.

Berlin, 14. Oktober. (H.) Der Wiederbeginn der Landtagssitzungen nach der Sommerpause am Dienstag brachte nicht die von vielen Seiten erwartete Sensation. Trotz der verwohrenen Lage im Reich und trotz der nationalsozialistischen Kravalle in der Reichshauptstadt wickelte sich die Landtagssitzung glatt und ruhig ab.

Präsident Brauns eröffnete die Sitzung um 15 Uhr 15 Minuten und Gedächtnis an den Ableben der Frau Kirchmann (G.) und Rengel (Rom). Die Abgeordneten hatten sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Der Präsident gab bekannt, daß die Abgeordneten Göttsch (Str.), Schulze (Rom.), Grube (Rom.), Kaufmann-Göberl (Kauf.) und Dr. von (Kauf.), die in den Reichstag gewählt wurden, ihre Landtagsmandate niedergelegt haben. Nach Erledigung kleiner Vorklagen trat das Haus sofort in die Beratung ein.

Auf der Tagesordnung stand die Beratung des kommunizistischen Mittrauensvotums

gegen das gesamte Staatsministerium, das von den Kommunisten Rapfer eingehend begründet wurde. Es ist überflüssig, besonders hervorzuheben, daß der kommunistische Redner die unter Führung des Sozialdemokraten Otto Braun liegende Preussische Regierung für alle verantwortlich machte, was zu einer internationalen Weltwirtschaftskrise mit ihren traurigen Konsequenzen geführt hat.

Selbstverständlich erklärten die Sprecher führender Oppositionsparteien, daß sie für das kommunizistische Mittrauensvotum stimmen werden. Die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten und alle reaktionären Splitter seien in der Regierung Otto Braun den festen Block der Republik und Demokratie stütz, und gegen den sie in ständiger Wut anrennen. Selbsthaft aber vergeblich verurteilte der nationalsozialistische Redner Kube von den Berliner Ausforderungen des sozialistischen Wobls abzurufen, in dem er sie als das Wert von Volkspolitik bezeichnete. Auch ein Bekenntnis zur positiven Mitarbeit und Verantwortung legte er ab, allerdings nur für den Fall, daß eine Regierung sich zu den nationalsozialistischen Grundfragen bekennt. Schließlich kündigte er noch das

Vollbeschwerden für die Landtagssitzung an, wobei er allerdings großsprecherisch hinzufügte, daß dieses demokratische Mittel vom Parteiparlament hergeleitet werde, um die Demokratie zu stärken. Als er abtrat, hallten ihm die Kommunisten von der Tribüne mitleidig Beifall und stießen laute „Heil“-Rufe aus. Die kommunistische Fraktion antwortete prompt mit „Rotfront“. Schnell und unauffällig wurden die Parlamentarierbetreuer von der Tribüne entfernt.

Abg. Laverenz

erklärte, daß seine Fraktion nicht die Absicht habe, das kommunizistische Mittrauensvotum wegen sich auf eine große politische Distinktion einzulassen. Er legte den Kommunisten sehr deutlich, daß sie nicht im Traum daran denken könnten, eine Sowjetdiktatur zu errichten, falls ihr Mittrauensvotum Annahme fände. In diesem Falle würde es sich für sie zeigen, daß die Kommunisten in ihrem bindungswichtigen Kampf gegen Sozialdemokraten lediglich der falschen Diktator dienen. Weder Kommunisten noch Nationalsozialisten, die in dieser Zeit der Not das politische Streik genommen hätten, könnten mit einem dauernden Erfolg rechnen. Hinter der Kampf geschichte Arbeiterklasse.

Das Reich habe gezeigt, wie es nicht gemacht werden dürfe. Dagegen habe die Preussische Regierung unter Otto Braun ruhige und sachliche Aufbahrung geleistet. Die Preussische Regierung sei die einzige Regierung, die die Zukunft Deutschlands durch Demokratie sichere, und deshalb würde die sozialdemokratische Fraktion das Mittrauensvotum nicht nur ablehnen, sondern die Preussische Regierung mit allen Mitteln stützen.

Die Abstimmung über das Mittrauensvotum findet am Donnerstag 2 Uhr statt. — Auf der Tagesordnung der Mittrauensvotum stehen die Aufstellungsanträge der Wirtschaftspartei und der Kommunisten, der kommunizistische Antrag auf Einstellung der Zahlungen nach dem Pflanzplan, ein demokratischer Antrag über die Berliner Unruhen am Montag. Die große politische Aussprache wird mit einer Rede des Ministerpräsidenten Otto Braun eröffnet.

Die Reichstags-Diäten.

Von Wilhelm Reil, M. D. R.

Der erste ordnungsmäßig im neuen Reichstag eingetragene Antrag war der der Sozialdemokratie, die Diäten der Reichstagsabgeordneten mit sofortiger Wirkung um 20 Prozent zu kürzen und die Regierung aufzufordern, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach auch die Gehälter des Reichspräsidenten und der Ministerien sowie deren Pensionen im Verhältnis zum Gehalt und darüber hinaus allgemein ein Höchstbetrag für Pensionen von 12 000 M. festgesetzt werden sollte.

Dieser Antrag ist als eine vorläufige beschleunigt durchgeführte Maßnahme gedacht. Er läßt die Frage einer allgemeinen Gehaltskürzung unberührt. Der Vorstoß, den die Regierung Brünning in ihrem Ernennungsprogramm gemacht hat, muß noch sehr gründlich geändert werden. In einer kräftigen Kürzung der Gehälter der hohen Beamten wird die Sozialdemokratie ohne weiteres mitwirken bereit sein, bei denjenigen Beamten, deren Bezüge sich an der Grenze des Existenzminimums bewegen oder es gar noch unterschreiten, wird die Schonung verlangt. Was die Pensionen betrifft, so wird die Sozialdemokratie an ihrem immer, besonders noch vor der Auflösung des letzten Reichstags, vertretenden Standpunkt festhalten, daß eine Höchstgrenze gezogen werden muß. Findet sich im Reichstag eine ablehnende Mehrheit, die einen niedrigeren Höchstbetrag als 12 000 M. festsetzen will, so wird die Sozialdemokratie das festzusetzende beschränken. Die Frage, wie ihr jeheriger Antrag beruht auf der Abmägung des wahrscheinlich Erreichbaren.

Seit eine Bemerkung zur Diätenfrage. Sie hat, genau wie die Frage der hohen Gehälter und Pensionen im letzten Reichstag eine große Rolle gespielt. Die Diäten der Abgeordneten sind seit Jahrzehnten ein Dorn im Auge der politischen Kampfes. Von der Gründung des Deutschen Reichstags im Jahre 1871 bis zum Jahre 1906 bekamen die Reichstagsabgeordneten die aus dem allgemeinen Wahrsitz hervorgerufenen keine Diäten, während die Landtagsabgeordneten in den Bundesstaaten (die aus Klassenwahlrecht hervorgerufen) von jeder Diäten bezogen. Nach einer Reichsgerichtsentcheidung war auch die Entschädigung der Abgeordneten durch ihre Partei unzulässig. Die Diätenfreiheit sollte nach Brauns' Ansicht ein Gegenwärtiges in das allgemeine Wahrsitzrecht. Angehörigen der bescheidenen und minderwertigen Schichten sollte es unmöglich gemacht oder doch erschwert werden, dem Reichstag anzugehören. Dieser Zweck wurde nicht erreicht. Die Sozialdemokratie, gegen die sich die Diätenfreiheit in erster Linie richtete, fand Mittel und Wege, ihren Vertretern die Beteiligung an der Reichstagsarbeit zu ermöglichen.

An der Erkenntnis, daß der politische Zweck der Diätenverweigerung nicht erreicht wurde, beschloß der alte Reichstag im Laufe der Jahre gegen die Stimmen der Konfessionen immer aus neue die Einführung von Reichstagsdiäten, der Bundesrat schloß jedoch stets die Beschlüsse ab bis zum Jahre 1916, dann endlich gab er nach. Von diesem Jahr an wurden den Reichstagsabgeordneten jährlich 3000 M. Diäten gewährt. Die Mitglieder ausländischer Parlamente erhielten schon Jahrzehnte zuvor erheblich höhere Diäten, die des amerikanischen Repräsentantenhauses z. B. etwa 21 000 M. pro Jahr.

Auf Grund der Erfahrungen in früheren Zeiten wurde die Verpflichtung des Reichs zur Diätengewährung von der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in der Verfassung der Republik festgelegt. Als es sich damals beim Verfassungsgebot um das Maß der Diäten handelte, erklärte der Vertreter der Deutschnationalen, ein alter konservativer Abgeordneter, sie seien ja zwar geringfügige Gegner der Diäten, wenn aber schon Diäten gewährt würden, dann auch ordentliche.

Die Nationalversammlung und die Reichstage der Republik sind diesem Rat nicht gefolgt, sondern haben Sparparlamenten wollen lassen. Trotzdem ist im Verlauf der letzten zehn Jahre von den Feinden des demokratischen Parlamentarismus eine wachsende Agitation gegen die Reichstagsdiäten getrieben worden. Im des Parlamenten im Mißtraut zu bringen, appellierte man an den einfachen Mann, der seinen Einfluß in die Verpfichtungen hat, die dem Abgeordneten obliegen und dem deshalb die Bezüge der Abgeordneten als ungebührlich hoch vorgeführt wurden. Davon sprachen die Feinde der Demokratie natürlich nicht, daß die Gehälter und Repräsentationsbezüge der mit ihnen politisch verwandten Bank- und Fabrikdirektoren der Gewerkschaften ein Vielfaches der Bezüge der Abgeordneten betragen und heute noch betragen. Die Bezüge der Reichstagsabgeordneten sind seit einigen Jahren auf 750 M. monatlich festgelegt. Davon werden für jede Sitzung, an der der Abgeordnete nicht teilnimmt, 25 M. abgezogen. Da die Diäten eine Aufwandsentschädigung und keine Bezahlung für die Vertretung darstellen, ist eine Abfindung etwa nach dem Einkommensverhältnis der Abgeordneten kaum möglich. Sie würde im einzelnen auch zu Schmierigkeiten führen. Von den Diäten haben die Abgeordneten erhebliche Beiträge an die Fraktions- oder Parteifolien abzuführen, die in erster Linie zur Deckung der Kosten des Fraktionsapparates dienen. Vielbeschäftigte Abgeordnete müssen sich Hilfskräfte auf eigene Kosten halten, wenn sie neben den zeitraubenden Sitzungen, die besonders der Wirtschaft, in der Lage sein wollen, ihre Berufstätigkeit zu erwidern und die ungewohnten Materialmengen durchzuführen, die ihnen täglich zugehen. Der nicht in Berlin wohnende Abgeordnete muß sich in Berlin eine Wohnung halten, er hat erhöhten Aufwand für seinen Unterhalt, für Kleidung, für die Reise zu machen. Benutzt er aus Seinerparnisgründen die Nacht zur Ruhe und macht er, weil er am nächsten Tag arbeiten

Sonderausgabe
Wernigerode
Kreises
Blätter
Vorzeichen
des Quartals
gehalt werden
Prospekte
obson lassen
Band 4.30 Mk.
Tageblatt
Schule
Interhalbjahr
tober.

fähig sein muß, vom Schlafwagen Gebrauch zu hat er selbst bei teilweiser Erleichterung der Arbeit, die jedoch begrenzt ist, eigene Ausgaben zu machen. Die Abgeordneten pflegen außerdem die Kosten ihrer Wahl- und sonstigen agitatorischen Arbeit selbst zu tragen. Sie werden darüber hinaus, weil sie auf weichen Schlafwagenen reisen, naturgemäß auch für Diner aller Art in besonderer Weise in Anspruch genommen.

Berücksichtigt man das alles, so braucht man nicht einmal den Fall bereinzulegen, daß der Mandatsinhaber während seiner Tätigkeit im Parlament auf sein Berufseinkommen ganz oder teilweise verzichten muß (im Lohnverhältnis stehende Arbeiter, Geschäftsleute, Rechtsanwälte usw.), um zu dem Ergebnis zu kommen, daß bei den reichsgeräten Aufwandsentschädigungen von Verschwendung nicht gesprochen werden konnte. Eine Bezahlung der Arbeitsleistung fällt die Entschädigungen nicht ein.

Wenn trotzdem die sozialdemokratische Fraktion ihren Kurzwahlantrag gestellt hat, so ist das geschehen unter Berücksichtigung der Notzustände unserer Zeit. Mühsen Millionen hungern, müssen dem ganzen Volke Einschränkungen aufzuerlegen, um aus der Finanz- und Wirtschaftskrise herauszukommen, so können die Abgeordneten von solchen Einschränkungen nicht verschont bleiben. Die Sozialdemokratie verlangt, daß der Reichstag sich für die Arbeit, die er im Reichstag leistet, nicht nur durch einen Antrag der Regierung, die Entschädigungen aufzuheben, und zwar sofort, spätestens mit Wirkung vom 1. November an.

Auch in Preußen.

Die Sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages sah am Dienstag im Hinblick auf den von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestellten Antrag auf Verminderung der Diäten um 20 Prozent folgenden Beschlusse: Falls in Preußen noch zurzeit Verhandlungen zwischen den Fraktionen (schweben) bis zum 1. November eine gefällige Differenzierung noch nicht eingetreten sein sollte, werden die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, die außer ihren Diäten noch über Einkommen verfügen, von diesem Zeitpunkt an freiwillig um zwanzig Prozent ihrer Diäten verzichten. Die Bundesmandatsinhaber sollen darüber bestimmen, welchen Stellen die auf diese Weise einfallenden Gelder zugewiesen werden sollen.

Die Diäten der sozialdemokratischen Abgeordneten unterliegen jetzt bereits einem Fraktionsabzug, der je nach dem Wohnort des betreffenden Abgeordneten 10 bis 20 Prozent beträgt. Die Abzüge fallen nicht unter den oben wiedergegebenen Beschlusse, so daß die in Abzug zu bringenden 20 Prozent zu dem jetzigen Fraktionsbeitrag als völlig neuer Abzug hinzutreten.

Woher die Verwirrung?

Eine Erklärung von Otto Braun.

Paris, 15. Oktober. (Eig. Summ.) Die „Polonaise“ veröffentlicht heute ein Interview mit dem Ministerpräsidenten Braun. Dieser behauptet vor allem, daß die wirtschaftliche Not an der politischen Unordnung in erster Linie Schuld ist. Man beachte nur zu dem Zweck, daß von den 11 Milliarden des Reichsbudgets nicht weniger als 7 für dringende, aber unproduktive Ausgaben bestimmt seien. Solange man diese tote Last nicht aus dem Budget entfernen könne, könne man nur auf eine langsame Besserung der wirtschaftlichen Lage hoffen. Sobald aber die Arbeitslosen Brot und ein festes Einkommen hätten, werde sich auch die politische Lage bessern. Braun legt in der Zusammenfassung zwischen Frankreich und Deutschland die volle Verantwortung für den Frieden. Man dürfe nicht an der Frage scheitern, ob ein Teil des deutschen Volkes den Verträgen feindselig gesinnt sei und wie weit diese Gesinnung den Frieden Europas bedrohen könne. Sobald man Deutschlands Vollen ermäßigt habe, habe man auch das Beste getan, um den Zustand der Wähler zu den extremen Parteien der Unordnung zu vermindern.

Pensions-Kürzungen.

Vom Reichstag gestern beschloßen.

Der Reichstag nahm am Dienstag das Pensionskürzungsgesetz mit 53 gegen 7 Stimmen an. Damit ist die für die Annahme des Gesetzes erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. Gegenstimmte gegen das Gesetz, das Land Thüringen enthielt fünf der Stimme.

Durch dieses Gesetz wird bestimmt, daß Pensionen, welche nach ihrer Pensionierung ein besonderes Einkommen beziehen, nur soweit ein Ruhegehalt erhalten, als das neue Dienstverdienst hinter dem Dienstverdienst zurückbleibt, aus welchem das Ruhegehalt berechnet ist. Beim Bezuge eines sonstigen Einkommens unterbleibe die Kürzung bis zur Höhe von 6000 Mark. Das Ruhegehalt wird im übrigen um die Hälfte des Betrages gekürzt, um welchen das Anrechnungseinkommen des kürzungsgegenständlichen Einkommens übersteigt. Weiter wird bestimmt, daß kein Ruhegehalt mehr als 12000 Mark im Jahre betragen darf.

Moral im dritten Reich.

Herr Staatsminister Franzen aus Braunschweig.

Bei den Hofentwürfen am Potsdamer Platz wurde, wie der „Vorwärts“ mitteilt, am Montag ein Mann festgenommen, der sich mit dem Abgeordneten ausweis für den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Lohse aus Schleswig-Holstein zu legitimieren suchte. Dem Beamten, dem diese Legitimation vorgelegt, fiel sofort auf, daß die Photographie in der Ausweise nicht mit dem Aussehen des Verhafteten übereinstimmte. An die Enge getrieben, erlosch der Festgenommene nun, den ihm bekannten braunschweigischen Staatsminister Dr. Franzen, jetzt nationalsozialistisches Mitglied des Reichstages, herbeizurufen, damit er über ihn Auskunft geben könne. Herr Franzen, der bis vor kurzem noch preussischer Amtsgerichtsrat in Kiel gewesen, erschien auch und versicherte vor den Polizeibeamten hoch und heilig, der Festgenommene sei der Abgeordnete Lohse, der er persönlich kenne, und er erlosch, schon mit Rücksicht auf die Abgeordnetenimmunität, den Verhafteten freizulassen.

Ansichts eines so schwerwiegenden Zeugnisses konnte der Mann mit dem Lohse-Papier wirklich die Freiheit wiedergewinnen. Später stellte sich nun heraus, daß der Verhaftete tatsächlich nicht der Abgeordnete Lohse, sondern ein Mann namens Guth aus Schleswig-Holstein sei, der mit dem Abgeordneten ausweis wahrscheinlich eine Fälschung nach Berlin gemacht und sich an dem Hofentwurf betätigt hat. Der braunschweigische Staatsminister, Reichstagsabgeordneter Dr. Franzen, mußte, zur Rede gestellt, zugeden, daß er die Polizei zugunsten seines Parteigenossen angeheimgelassen habe. Daraufhin ist jetzt ein Strafverfahren gegen beide Staatsminister von Staatsminister wegen Begünstigung eingeleitet worden.

Die Moral des Dritten Reiches wird durch die Sandungsbeweise dieses Richters und Ministers gekennzeichnet. So etwas kennt mit Unterbrechung der bürgerlichen Parteien keine sozialdemokratische Partei.

Nazis vor dem Schnellrichter

Berlin, 15. Oktober. (Eig.) Die Urheber der Berliner Montagstramplie sind bereits 24 Stunden nach ihrem Selbstmord abgemeldet worden. Das Berliner Schnellgericht trat am Dienstag nachmittag zusammen und tagte bis heute morgen 2½ Uhr. Die 19 Nationalsozialisten standen unter der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, der Mißhandlung von Polizeibeamten und unter der Beschuldigung, die Bannmeile verlegt, sowie an einer öffentlichen Zusammenrottung teilgenommen zu haben. Die Verhandlung findet im großen Schwurgerichtssaal statt. Unter den Angeklagten befinden sich mehrere, die am Montag Schaufenster in der Leipzigerstraße demoliert haben.

Die Polizei hat umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um etwaige Krawalle der Nazis vor und im Gerichtsgebäude gleich im Keime zu ersticken. Sehr verspätet beginnt die Verhandlung mit der Vernehmung der 19 Angeklagten, die zum Teil erheblich vorbestraft sind. Sie machen durchweg einen ungünstigen römischen Eindruck, vielen kann man die kriminellen Schicksale schon vom Gesicht ablesen. Etwas lässig sind die Nationalsozialisten, geben aber bei der Vernehmung, zum großen Teil an, paradiesisch zu sein. Sie tarnen also auf höhere Befehl.

Zuallererst wird Nationalsozialisten zu sein pflegen, leugnen sie fast sämtlich, gewalttätig geworden zu sein und erklären, sie hätten im Tiergarten nur ihre Abgeordneten mit Helfern begrüßen wollen. Einer, den man dabei erlappte, wie er seine in die Fensterheben bei Wertheim war, erklärt, nur aus Versehen mit seinem Spazierstock in eine Scheibe, die schon zerfallen war, hineingekracht zu sein.

Die Jugendvernehmung entrollt ein klares Bild von dem ungläublichen Treiben der Hitlerianer im Tiergarten und in der Leipziger Straße. Zahlreiche Polizeibeamte bestanden unter ihrem Bild, daß die Angeklagten der Polizei tätlichen Widerstand geleistet und zum Teil auch Beamte mit Schweren

Im „dritten Reich“ haben die Glaser Arbeit.



Eingeschlagene Fensterheben bei Wertheim.

Otto Braun spricht mit Hindenburg.

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Summ.) Der preussische Ministerpräsident hatte am Dienstag mit dem Reichspräsidenten eine längere Unterredung. Diejem Gespräch wird in unterrichteten Kreisen hochpolitische Bedeutung beigegeben.

Volksbegehren des Stahlhelms.

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Summ.) Die Bundesführung des Stahlhelms hat sich am Dienstag entschlossen, ein Volksbegehren zur Auflösung des preussischen Landtages einzuleiten. Gleichzeitig soll das Volksbegehren die Schaffung des Amtes eines preussischen Staatspräsidenten zum Ziele haben. Dieses Amt soll von dem Reichspräsidenten in Personalauswahl mitverwaltet werden.

Das ist gut von dem Stahlhelm: Da lernt die Arbeiterschaft wenigstens wieder einmal öffentlich seine erklärten Feinde kennen.

Nazi-Räuberbande.

Amlich wird mitgeteilt: „An der Ostfront können im Kreise Obdau i. S. Hiesen Bauern, die sämtlich der Sturmabteilung der Nationalsozialisten angehören, mit Gummiknüppeln und Schlagringen über einen abmagernden, durch das Dorf gehenden Wanderarbeiter her und riefen ihn so zu, daß er zusammenbrach. Der unterlehnende Arzt stellte schwere körperliche Verletzungen fest. In einer kleinen Untroge eines preussischen Landtagsabgeordneten wurde ausgeführt, daß auch der Gemeindevorsteher sich an der Brigade beteiligt und erklärt habe, daß die Bauern alle Arbeiter entlassen würden, die nicht zur Sturmabteilung der Nationalsozialisten gehörten. Die Untroge wurden nur noch Angehörige der Sturmabteilung eingeleitet.“

Der Vorwurf des Preussischen Innenministers auf die Untroge ist zu entnehmen, daß gegen den Gemeindevorsteher, der sich an der Brigade beteiligt hat, ein Strafverfahren eingeleitet worden ist. Der Gemeindevorsteher behauptet, herausgefordert gewesen zu sein. Die Bemerkung, die Wanderarbeiter der Gemeinde würden künftig nur Mitglieder der Sturmabteilung der Nationalsozialisten als Arbeiter einstellen, bedeutet, er in dieser Form getun zu haben. Er gibt an, lediglich die Klagerung eines Landwirts der Gemeinde, man würde im Falle weiterer Bedrohungen durch politische Gegner gezwungen sein, nur nationalsozialistische Arbeiter anzustellen, wiedergegeben und dabei erwähnt zu haben, ihm selbst könne ebenfalls nicht zugemutet werden, mit einem Angestellten zusammen zu arbeiten, von dem er erwarten würde, daß er sich an Tätlichkeiten gegen Gemeindevorsteher der Gemeinde beteiligen würde. Ueber die Einleitung disziplinärer Maßnahmen gegen den Gemeindevorsteher wird nach Abschluß des Strafverfahrens Entscheidung getroffen werden.“

Baumstäben und Kistensteine angefallen haben. Der tapfere Bürger mit dem Spazierstock, der nur verheißung in die Scheibe geraten sein soll, wird als Steinwerfer wiedererkannt. Obwohl er geht es mehreren anderen Angeklagten, die stetig und feil leugnen, an den Schaufensterentwürfen beteiligt gewesen zu sein. Die Beamten selbst erklären, daß man sie in einer Reihe beschimpft habe, wie sie wohl selbst diesen im Straßenrand abgehärteten Beuten nur gemessen ist.

Um 20 Uhr heute morgen wurde das Urteil verkündet. Die Angeklagten wurden je nach der Schwere ihrer Schuldurteile in sechs Monaten bis drei Monaten Gefängnis verurteilt. 3 Angeklagte wurden freigesprochen.

Der Staatsanwalt hatte in seinem Rückwort höhere Strafen beantragt und bemerkt, daß die eigentlichen Schuldigen, die Nazi-Drohsticker, leider nicht zu fassen gewesen wären.

„Tapfere Leute“.

Der nationalsozialistische Mob, der am Montag die Eröffnung des Reichstags mit Krawallen im Zentrum der Reichshauptstadt begleitete, hat sich am Dienstag nicht wieder hervorzugetan. Das entschlossene Vorgehen der Polizei hat seine Wirkung getan, hat den Mut der Rombys, sich weiter als Gassenbuben zu betätigen, merklich gedämpft und die Krawalle gleich in das Licht einer vorübergehenden Erscheinung gestellt.

Ebenfalls lächerlich wie feige ist das Verhalten der Nazi-Führung zu den Krawallen. Sie beteuert, daß ausschließlich Anhänger des „Dritten Reiches“ die Schaufensterheben des laut nur von rechts gerichteten Persönlichkeiten geleiteten Warenhauses Wertheim und der anderen Läden eingemordet haben. Kommunistische Spitzel sollen die Urheber des ganzen Stanzbals gewesen sein und wenn sich irgendwelche der Hunderttausende von Nationalsozialisten, die es heute in Berlin gibt, auch hier eine aber andere unter des Geißel vertritt habe, so ließe das zur Not zu verstehen. Eine Argumentation, die so dreist und verlogen ist, wie das ganze Verhalten, das Hitler Anhänger in den letzten Wochen an den Tag legten. Man stelle zu dieser Argumentation nur in Vergleich, daß nach den polizeimittlichen Meldungen nicht weniger als 45 eingeschlagene Mitglieder der Nazi-Partei im Verlauf der Krawalle festgenommen wurden, daß die restlichen 55 vorübergehend festgesetzten Rombys aus ihrer Sympathie für die Hitler-Bewegung vor der Polizei nicht den geringsten Hehl gemacht haben und ein aktiver nationalsozialistischer Minister, Herr Dr. Franzen-Braunschweig, sich für einen der Häftlinge unter Vorstellung falscher Tatsachen einsetzte um seine Freilassung zu erwirken. Das sind Zahlen, denen die Nazi-Führung nur Lügen entgegenstellen kann, Sägen, die zu ihrem eigenen Gebahren, ihrer Propaganda und ihren Versprechungen passen.

Der Sturm auf die Schaufenster Berliner Warenhäuser war das Werk von Nazis, von dem man bisher nur noch nicht genug weiß, es unter einer einheimischen Leitung und im offiziellen Auftrag der Nazi-Partei vor sich ging. Das aufzuführen ist Sache der Polizei. Die Tatsache, daß ein aktiver Nazi-Minister an den Vorfällen beteiligt war, läßt darauf schließen, daß die Nazi-Führung die Krawalle gewollt und gefördert hat. Diese Schlussfolgerung ergibt sich aus dem Verhalten, als Schaufenstermieren schon längst eine der Methoden der nationalsozialistischen Parteileitung zur Bekämpfung des „Dritten Reiches“ ist.

Sturm auf die Glas-Vericherungsgesellschaft.

Berlin, 15. Oktober. (Eig.) Ein Berliner Blatt schreibt heute, daß am Dienstag bei den Vericherungsgesellschaften in Berlin aus Anlaß der in der Leipziger Straße erfolgten Schaufensterentwürfungen so viele Anträge auf Schaufenstervericherungen eingegangen sind, daß von einer Höchzahl von Anträgen in diesem Zweige der Vericherung gesprochen werden könne.

Die blutigen Ostern von Leipzig.

Zuchthausurteile gegen Kommunisten.

Leipzig, 15. Oktober. (Eig. Summ.) Die Osterkrawalle in Leipzig, die sich im Verlauf einer kommunikativen Bevölkerungsanhebung abspielten und den Tod von zwei Polizeibeamten zur Folge hatten, haben am Dienstag vor dem Reichsgericht ihre Gültigkeit gefunden. Der kommunikativen Angeklagte haben bereits wegen Zuchthaus in Lateinzeit mit schwerem Aufbruch zu fünf Jahren Zuchthaus und vier Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Angeklagten Matthe, Bahrs, Pratorius und Esler erhielten wegen schwerem Aufbruch ein Jahr drei Monate Zuchthaus. Der Angeklagte Helmstädter wurde ebenfalls zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte Oster zu sieben Monaten Gefängnis. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Zollfrage im englischen Imperium.

London, 14. Oktober. (Eig. Draft.) Die britische Reichskonferenz ist über das am vergangenen Mittwoch begonnene Anfangsstadium der Wirtschaftsfragen noch nicht hinausgekommen. Unter der Führung von Rombda verlangen die Dominien für den gegenseitigen Warenverkehr eine weitere Erhöhung um ein Prozent, insgesamt also elf Prozent Vorzugssatz. Die Regierung ist bereit, dieser einprozentigen Erhöhung zuzustimmen, jedoch nur für jene Waren, die bereits durch Zoll befreit sind. Eine Ausdehnung des Zolls auf alle in England hergestellte Produkte, wie es in diesen Tagen besonders die englischen Konfessionen sehr hartnäckig und verschiedene Lebensfragen verlangen, lehnt das Arbeiterparlament ab. Seine Grundstimmung ist der Freihandel.

An der Verteuerung der Produkte und in einer Folgeform um das Imperium steht die Regierung lediglich eine Leistung des inneren Konjunks, ohne daß der englischen Wirtschaft irgend ein Vorteil entstände. Ein Abgleiten der Exportwaren wäre nach der Ansicht des Kabinetts der einzige Erfolg des Schutzgolls.

Der neue Fraktionsvorstand.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte am Dienstag ihren Vorstand. Die bisherigen Vorsitzenden, Brecht, Schmidt, Dittmann, Herrmann Müller und Weis, sind wieder gewählt. Der Vorstand wurde um vier Mitglieder erweitert. Ihm gehören jetzt außer den vier Vorsitzenden an: Kupfersch, Otto Braun, Crippien, Grafmann, Sents, Herr, Hildenbrand, Hildebrand, Juchacz, Keil, Lobe, Scheibmann, Oswald Schumann, Seering, Sellmann und Stampfer.

Die Fraktion beschloß weiter einstimmig den Abgeordneten Lobe wieder als Reichstagspräsidenten in der Vorladung zu bringen.

Stauben-Feiern in Amerika.



Aus Anlaß des 200. Geburtstages des deutschen Generals von Stauben, der dem jungen nordamerikanischen Freistaat während seiner Ausreise nach England große Dienste geleistet hat, veranstalteten vorige fünftägige amerikanischen Städte große Gedenkfeste. Das obige Bild zeigt die Staubenfeier in Philadelphia. Miß Mund u. Stauben, die Urenten des Generals v. Stauben, mit Th. S. Hoffmann (links), dem Präsidenten der Staubengelehrten, vor dem Stauben-Denkmal in Philadelphia.

Zur heutigen Präsidentenwahl.

Löbe oder Scholz?

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die sich am Dienstag nochmals mit der Wahl des Reichstagspräsidenten beschäftigte, hält an der von den Nationalsozialisten in Vorstoß gebrachten Kandidatur Scholz fest. Die Zentrumspartei und die Christlichsozialen haben sich am Dienstag einmütig für die Kandidatur Löbe zu stimmen; desgleichen die Fraktion der Bayerischen Volkspartei. Die Reichspartei und die Christlichsozialen votierten sich für die Kandidatur Scholz. Es verläutet jedoch, daß in beiden Fraktionen starke Mehrheiten für Löbe sind. In diesem Falle wäre die Wahl von Löbe gesichert.

Hitler erklärt:

Erfüllungspolitik von hinten herum!

Im Berliner „Völkischer Anzeiger“ Eugenbergs wird eine Unterredung Hitlers mit einem Vertreter der amerikanischen Presse-Korrespondenten „International News Service“ abgedruckt, in welcher der Reichsführer grundsätzlich ablehnt, daß es seine Interessen gewesen seien, die bei Westheim usw. die Fenstergehäusen eingeworfen haben und dann fortjährt:

Die Welt werde in Bände zu unterscheiden haben, ob sie ein nationalsozialistisches oder ein bolschewistisches Deutschland haben wolle. „Wir werfen“, so fuhr Hitler wörtlich fort, „alle politischen (?) Tribute und werden sie niemals bezahlen. Versailles, Dawes und Youngplan sind schändlich ungedachte Schemata, und Deutschland kann niemals die Deckung aufbringen. Aber wir sind bereit, als Ehrenmänner (!) vor die Welt hinzutreten und mit ihr auf gesicherter Grundlage zu verkehren. Wir erkennen die privaten Schäden an und die in Deutschland investierten Kapitalien. Es besteht für sie von unserer Seite keine Gefahr. Wenn der Welt das nicht paßt und sie uns zwingt, weiter zu gehen, so wird sie sich mit dem Gedanken eines bolschewistischen Deutschland abfinden müssen. Da werden nicht nur die politischen Tribute gestoren sein, sondern ebenso die privaten Schäden.“

Also: wenn die Kapitalisten auf ihre Rechnung kommen wollen: Ihr Hitler kann retten! Er verfährt ihnen die Reparationen hinten herum!

Die Wohlfahrtserwerbslosigkeit in den Kleinstädten steigt.

Der Reichsjahresbericht stellt als vorläufiges Ergebnis seines monatlichen Erhebungsdienstes mit, daß am 30. September in 1050 Städten bis zu 25 000 Einwohner mit 62 Millionen Einwohnern insgesamt 68 841 Wohlfahrtserwerbslose unterstellt wurden, von denen 40 000 als Fährerarbeiten beschäftigt wurden. Gegenüber dem Stande vom 31. August ist erneut eine Steigerung von 10 o/0 zu verzeichnen.

Aus aller Welt.

Ueberraschende Wendung im Nordprozess Bauer.

Mien, 14. Oktober. (Telumion). Im Nordprozess Bauer trat am Dienstag eine überraschende Wendung ein. Der Staatsanwalt brachte, nachdem er gegen die Zulassung der Anträge der Verteidigung aufgetreten war, eigene Anträge ein, die, wie er sagte, in diesem Prozess von schicksalsschwerer Bedeutung sein müßten. Bei diesen Anträgen handelt es sich um die Vernehmung zahlreicher neuer Zeugen, aus jeder aus Italien, und um die Frage, welcher Art die Schußwaffe war. Sodann kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Verteidiger und Staatsanwalt. Zum Schluß beschloß das Gericht, den Anträgen sowohl des Staatsanwalts als auch der Verteidigung Folge zu geben, die Vernehmung auf unbestimmte Zeit zu vertagen und die Akten an den Untersuchungsrichter zurückzulassen.

Für 200 000 Mark Kaskette verbrannt. Bei einem Brande auf dem der ehemaligen Großherzogin von Sachsen-Meiningen gehörenden Schloß Heinrichshaus in Slesien wurde eine Anzahl historischer Kaskette im Werte von etwa 200 000 M ein Raub der Flammen.

Bombenattentat in Deussen. Auf den medizinischen Gerichts-ladoverständigen Gen. Rat Dr. Spider in Deussen wurde ein Bombenattentat verübt. Man schloß ihm ein Postpaketchen zu, das von Dr. Spider in seinem Ankleidezimmer geöffnet wurde. Bei dieser Defnung erfolgte eine größere Explosion, jedoch wurden durch die Sprengstoffe Dr. Spider und seine Frau, sowie das vierjährige Tochterchen des Ehepaares nur leicht verletzt. Die Explosion hätte ohne Zweifel alle drei Personen das Leben gekostet, wenn nicht durch einen glücklichen Zufall die Bombe ihre Wirkung nach unten ausgeübt haben würde. Man vermutet einen Racheakt.

Sechs Wochen Gefängnis für Nazi-Regel.

Vor dem Berliner Schnellgericht wurde der 24jährige Nationalsozialist Ulrich Reufinger von Waldeck, Maurerpraktikant von Beruf, wegen Beamtenehligung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte sich am vergangenen Sonntag bei einer jener Nazi-Feiern, wie sie neuerdings zur Erde und Propaganda des „Dritten Reiches“ scheinbar Mode werden sollen, besonders hervorgetan. Als das Ueberfallkommando erschien, die Straße säuberte, und schließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung für einige Zeit befehl hielt, schritt der Angeklagte, trotz in der Waldeck keine Soldatenrang u. Brautkleides, auf den kommandierenden Polizeimajor Wager zu und erklärte kategorisch: „Räumen Sie sofort die Straße! Wenn Sie das nicht machen, dann machen wir es!“ Major Wager machte kurzen Prozeß, er verhaftete den Regel. Vor dem Schnellgericht lag der Nazi, daß sich die Waldeck bogen. Er erbat, daß seine Aufforderung Staatsanwalt beantrage drei Monate Gefängnis bei Verlegung milderer Umstände. Der Richter war wesentlich milder, Herr Praktikant Reufinger von Waldeck quittierte mit folgenden Worten: „Ich habe ja sofort gemerkt, was mir hier droht; ich weiß ja, wie das heutige System mit uns verfährt. Gegen das Urteil muß ich mich verwahren und Berufung einlegen.“

Kapitane als Mörder. Der Senegalpfeiler Ambrosio schloß sich in Dakar (Senegal) als blinder Passagier auf einem französischen Fischdampfer ein, wurde aber entdeckt. Der Kapitän ließ ihn so lange arbeiten, bis er bewußtlos zusammenbrach. Dann sperrte man ihn in eine Kammer, die dicht neben dem heißen Maschinenraum lag. Als man die Tür öffnete, ertrank der Pfleger Blut und verstarb bald darauf. Gegen den Kapitän des Dampfers ist von der Marineverwaltung in Bordeaux eine gerichtliche Untersuchung in der Wege geleitet worden. — Ferner wurde in Rotterdam auf Veranlassung des griechischen Konsulates nach Einlaufen des griechischen Dampfers „Angios“ 17 toten polnische Kapitän verhaftet, der unterwegs bei blinde Passagiere hatte in die See werfen lassen. Einer der Passagiere ertrank, während die zwei anderen von der Mannschaft gerettet wurden, da die Frau des Kapitäns diesen zur Rettungsgelation genommen hatte.

Fünf Menschen ertranken. Auf der Enns (Österreich) kenterte ein mit sieben Personen besetztes Boot. Fünf Personen ertranken.

Schneckenraub durch spielende Kinder. In Gohlitz im Kreis Weiskirchen spielten in der Nähe einer Feldschänke Kinder mit Streichhölzern und verurachten dadurch einen Schneckenraub. Die Schenke brannte vollständig nieder. Da die Ernteevrate bereits gedroschen waren, fielen den Flammen keine landwirtschaftlichen Erzeugnisse zum Opfer.

Pinkerton gestorben.



Alan Pinkerton.

Der Leiter des größten Detektivbüros der Welt, ist im Alter von 54 Jahren in Newport gestorben. Am den Namen Pinkerton knüpfen sich tragische Episoden der amerikanischen Arbeiterbewegung. Pinkertons Vater und Großvater organisierten in Amerika die Schütztruppen des Großkapitals, die mit brutaler Gewalt gegen streikende Arbeiter vorgehen. Für diese Dienste im Interesse der Diktatormagnaten erbeute Alan Pinkerton 1923 von seinem Vater schon ein Vermögen von zwei Millionen Dollars. Durch Blut und Tränen amerikanischer Arbeiter ist dieses Sündengeld zusammengebracht, wohl aber landwirtschaftliche Maschinen und Kunstgegenstände zum Opfer.

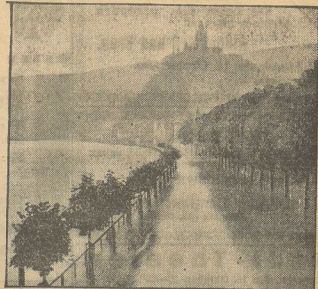
Japans berühmtester Märchenerzähler.



Jutoku Kishibe, umgeben von seinen kleinen Zubörern.

Japans berühmtester Märchenerzähler Jutoku Kishibe, der Leiter eines großen Lotterei-Kindergartens, der der Lieblingaufenthaltsort aller Kinder von Tokio ist, kommt demnächst nach Europa, um auch den kleinen Europäern Japans alte und neue Märchen vorzutragen.

Hochwasser im Moselgebiet.



Von Trier bis Koblenz ist das Ufer längs der Mosel durch den nachfolgenden Regen vom Hochwasser schwer überflutet. Besonders stark sind die Ueberflutungen bei Cochem, wo das Wasser oft meterhoch in Uferlöcher und tiefer gelegenen Straßentischen fließt. Unser Bild zeigt die völlig überfluteten Rodenbrannenlagen der Stadt Cochem. Im Hintergrund Burg Cochem.

Die Flüsse in Nord- und Mitteleuropa sind infolge der ununterbrochenen Regenfälle in bedrohlichem Aufschwung begriffen. In der Nähe von Berlin sind bereits einige Dörfer geräumt worden. Bei Epernay ist die Marne über die Ufer getreten und hat große Flächen unter Wasser gesetzt. Der Verkehr zwischen Deuille und Reuil ist unterbrochen, ebenso die Eisenbahnlinie von Chagnacques nach Gigny, da die Eisenbahnbrücken über einen Meter tief in den vom Wasser aufgeweichten Boden versunken sind. Am schwersten ist bis jetzt die Stadt Montcauc betroffen, in deren Umgebung sämtliche Bergabfälle erloschen sind, so daß die Bergarbeiter keine müßten.

Gewerkschaftliches.

Die Firma Krupp in Essen wird, falls sich die Arbeitsfrage in den nächsten Wochen nicht löst, außer den schon gefürchteten 2500 Arbeitern weitere 1500 Arbeiter der Nebenbetriebe der Essener Gußhüttenwerke entlassen.

Die ersten Verhandlungen über die Arbeitszeit im Ruhrbergbau, die durch die Kündigung des Mehrarbeitersbündnisses von Seiten der Gewerkschaften notwendig geworden sind, finden am Montag, den 20. Oktober in Essen statt.

Beste Nachrichten

(Staatliche und Arbeiterberichte).

Löbe oder Scholz?

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Funken). Die Reichstagsfraktion des Deutschen Bauernbundes hat heute beschlossen, ebenfalls für die Präsidienwahl des Abg. Löbe zu stimmen. Danach ist anzunehmen, daß Löbe, wenn auch nur mit wenigen Stimmen Mehrheit, über Scholz als Sieger aus dem Kampf um die Präsidienwahl hervorgeht wird.

Verhaftungen von gelben Arbeitern.

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Funken). Am Dienstagabend kam es in Berlin an verschiedenen Stellen wieder zu kleineren Zusammenrottungen, die von der Polizei überall schnell geortet werden konnten. Angesetzt wurden bis gegen Mitternacht wegen Widerstandes und wegen Tragens verbotener Uniformstücke vier Kommunisten und sechs Nationalsozialisten festgenommen.

Lappo-Gewalttaten in Finnland.

Helsingfors, 15. Oktober. (Eig. Funken). Ganz Finnland ist erschauert über Lappo-Gewalttaten, die die Einführung militärischer Verordnungen forschten. Der demokratisch gewählte Präsidient Stenroos wurde am Dienstag morgen bei seinem üblichen Spaziergang mit seiner Frau von Lappo-Gewalttaten entführt. Am Mittwoch früh 3.30 Uhr erhielt man in Helsingfors die Nachricht, daß der Präsidient und seine Frau in dem 600 Kilometer entfernten Joensuu etwa 100 Kilometer von der russischen Grenze sich befinden und mit dem nächsten Zug nach Helsingfors zurückkehren wird.

Schlagberg gehört der liberalen Partei an. Mit seiner Einführung sind bis jetzt 135 Personen gefangen genommen worden. Darunter befindet sich der Sozialist Saaponen, der seit drei Wochen hundertfährig verschwunden ist. Das Gericht, daß er von den Lappo-Gewalttaten ermordet worden ist, scheint sich leider zu befähigen.

Schnellzug in Spanien entsetzt.

Madrid, 14. Oktober. (Telumion). Am Freitag entgleiste der Madrid Schnellzug in der spanischen Provinz Provinz Madrid auf der Strecke Madrid-Vigo. Bis her einen Toten und 40 Verletzte, darunter eine Anzahl Schwerverletzte, gemeldet.

Sturm auf die Universität Barcelona.

Madrid, 15. Oktober. (Telumion). In Barcelona demonstrieren am Dienstag Studenten und Arbeiter, um die Freilassung der bei den letzten Unruhen Verhafteten zu erwirken. Die Demonstranten präsenten die aus Vorhoff vorher geschlossenen Universitätsratoren, drangen in die Aula ein und riefen das Königsbild von der Wand, das unter wilden Protestrufen auf dem Fuß verbrannt wurde. Der Rektor verurteilte, vermittelnd einzugreifen, wurde aber ausgehört und niedergeschrien. Darauf griff die Polizei, die von den Studenten mit einem Steinhaufen empfangen wurde, scharf durch, wobei auch mehrere Schüsse fielen. Eine Anzahl Personen wurde verhaftet. Der Rektor hat die Universität schließen lassen.

Bosnener Gewerkschaftsbund durch Arbeitslose gestärkt.

Newport, 15. Oktober. (Telumion). In Boston kam es am Dienstag zu schweren Ausschreitungen von Arbeitlosen. Nach vorausgehenden Kundgebungen stürmten die Arbeitslosen das Gewerkschaftsbund der Arbeitervereinigungen. Der Polizei gelang es, die Menge bald auseinanderzutreiben. Es wurden 15 Verhaftungen vorgenommen.

Arbeiter, Angestellte u. Beamte!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die inserierenden Firmen unserer Zeitung!

Statt Karlen.
Die Geburt eines gesunden Mädchens zeigen an
Albert Heß und Frau.
Halberstadt, den 19. Oktober 1930.
Spiegelbergweg 30.

Statt Karlen.
Für die vielen Anwesenheitsleistungen anlässlich unserer Silberhochzeit sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.
Wilhelm Deuschel und Frau
Gerietze bei Oriebe.

Stadt-Theater
Mittwoch, den 15. Oktober, 20—22 1/2 Uhr:
Erstaufführung!
„Meine Schwester und ich“
Musikalisches Lustspiel
nach Berr und Verneuil von Robert Blum.
Gesangstexte u. Musik von Ralph Benatzky (6.00—8.00).
Donnerstag, den 16. Oktober, 20—22 Uhr
„Geschäft mit Amerika“
Lustspiel von Frank und Hirschfeld (6.00—8.00)

Die nächste Rate der achtzigsten Besucher des Bühnenvolkstheaters ist fällig, zahlbar bis Donnerstag, den 16. Oktober 1930, Vorverkaufskasse im Rathaus, Eingang Fischmarkt von 10 bis 14 Uhr.

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsversteigerung soll das Grundbuch von Dangelstein, Band 5, Blatt Nr. 190 eingetragene, nachfolgend beschriebene Grundstücke:
am 9. Dezember 1930, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle, Richard Wagnerstraße Nr. 52, Zimmer Nr. 8, versteigert werden.
Nr. 1. Grundstück Dangelstein, Gartenbl. Nr. 5, Parzelle Nr. 205/1, Grundbesitzmutterrolle Artikel 414, Gebäudefeuerverolle Nr. 221, Wohnhaus am Graben Nr. 51a mit Hofraum, Größe 60 qm, Gebäudefeuerverminderung 60 Mk.
Der Versteigerungsvermerk ist am 1. Juli 1930 in das Grundbuch eingetragen.
Als Eigentümer war damals Frau Johanne Streckeb. Domnick in Drenburg eingetragen.
Halberstadt, den 2. Oktober 1930.
Das Amtsgericht.

Die Abensheimer des **Gräber auf dem Friedhof** mit **Wiederrückkehr**. Anträge sind im Geschäftsbüro der Friedhofverwaltung zu stellen.
Halberstadt, den 10. Oktober 1930.
Der Magistrat.

Schlachthof-Freibaut Donnerstag von 9 bis 11 Uhr
Mittwoch, 6 bis 11 Uhr, Freitag, 6 bis 11 Uhr.
Schweinfleisch, 40 Pf.

Von der Reise zurück
Sanitätsrat Dr. Hentscher

Wer will zum **Film?**
Schreiben Sie an F. R. A. Hennig
Bin.-Grünewald 441

Jede Wäsche wird mit der neuen **Jerdwalomatine** ganz mühelos gewaschen, die Seilungen dieser ganz vorzüglichen Maschine sind erfindungsgemäß. Der Anschaffungspreis ist sehr gering.
Mk. 21.00 — 24.50
mit Reißzug
C. Randwig
Martinsplan 11.

Zur Festlegen der Frisur
besonders bei sportlich Betätigung benützten Damen und Herren
fettlose Haarkrem.
In Tuben und Dosen von 40 Pf. bis 5.00 Mk. zu haben bei
Parfümerie C. Midy
Breitweg 60, Fernsprecher 1927.

W. Kuhnrtz
hatte schon immer gute **Stümpfe!**
Aber sein **Juwelstrumpf** für 2.50 Mk.
aus ganz leinwandiger Kunstseide **übertrifft alles!**
Bitte überzeugen Sie sich!

1 Büfett, 1,80 m, Eiche mit Spiegeltisch, Kristallgeschloß.
1 Schlafzimmer, mittlere lat. Aufstänge, groß. Ankl.-Schrank, Juwelenstiel.
1 Schlafzimmer, Eiche, Schrank 1,80 m, Juwelen Spiegel, alles billig zu verkaufen.
Möbelhäuser Th. Mebes, Wendenborf.

Ein ganz neues **Plüschsofa** preiswert zu verkaufen
Hattorf, Paulsplan 31.
Zur Schweinemast und Geflügelzucht
gehört:
Fischmehl, Rodig, Et-Gi-Begefütter,
Futtertalfat und Krana
Dröacrie
Friz Böfche,
Breitweg 11/12.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ortsgruppe Halberstadt
Sonnabend, den 19. Oktober 1930
Herbst-Vergnügen
im „Elysium“
Festredner: Gauleiter **Ernst Wille**
Mitwirkende: Ein ordnl. Refizitor, die Arb.-Radfahrer und zwei Kapellen
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind herzlich willkommen
Der Vorstand
Eintritt: für Mitglieder 60 Pf., für Gäste 80 Pf.
Öffnung: 7 Uhr **Anfang: 8 Uhr**
Ende? ? ?

Vereinigung selbst. Handwerker von Halberstadt und Umgegend.
Achtung! Achtung!
Als **Abschluss der Verbewoche** findet am **Donnerstag, den 16. Oktober 1930, abends 8 Uhr,** im „**Kaiserhof**“, Doniplatz, eine **Versammlung** statt, zu der die Mitglieder und auch alle selbständigen Handwerker, die der Ortsgruppe nicht angehören, herzlich eingeladen sind.
Es wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.
Der Vorstand.

Billig! Billig!
Täglich **Mastenswürst**
ca. 1 bis 2 Zentner
dadurch **Spezialbillig!**
Echte Fleisburger
Wale
6 Stk. 30, 50, 80 Pf. usw.
1, 50, 55 Pf., Rest 65 bis 70 Pf., nur durch Mastens-Gebäude zu Dangel.

Fisch - Börse
Martinian 8.
Gegründet 1900.
Beim Weintrauben
zur Weinbereitung 19 Pf. 10 Pf.
Spanischer Garten
Schmidestraße.

Billig! Billig! Delikatess!
Täglich echte **Holländer Nuchsheringe**
2 Stück 25 Pfennig
Direkt aus Zumbden, Holland
Fisch - Börse
Martinian 8.
Gegründet 1900.

Wellenschieren
Ondulieren
von 25 Pf. an
Frisierlampen
für Meta-Brennstoff und Spiritus
Lockenwasser
Seit Neuenten in
Lockenwickler
Bublikämmchen
Spangen Klammern
in großer Auswahl
empfehlen
Parfümerie C. Midy
Breitweg 60
Fernsprecher 1927

Als **Leibmahlweizen** empfiehlt sich
Frieda Arnold,
Wernigerodestraße 25, 1.

Morgen Donnerstag frisch geschlachtet!
Ab 10 Uhr: **Stückfleisch mit Weißb.**
B. Hörhold, Hauspl. Nr. 13
Grußweg 2100

Kaffee Fechtner
Mittwoch und Donnerstag (15. und 16. Oktober) **großes Schlachtfest**
Verlängerte Polizeistunde
Es spielt die beliebte Kapelle **Schünemann.**
Jeden Dienstag und Donnerstag **Gesellschaftstanz**

Die beste Pflanzzeit für Bäume ist der Herbst
Aus meiner Baumbühel erwiehle ich alle gängbaren Sorten
Obstbäume
in **Dochstuhl, Gelbblau, Weiß, Späher, Gordon, Leuchtend und wa. c.**
Beeren-Obst. Rosen
prächtige Sorten in **Dochstuhl** und **Späher**
Brennerei, Gärten, Wein, Obst und Schlingensort in vorzüglicher Qualität.
Verwickeln Sie sich in Diensten.
E. Meher, Halberstadt
Samentaten und Baumbühel
Telefon 2250 & d. Bieder 2 Telefon 225

Großer Werbe-Wettbewerb
zum Beginn des 7. Jahrgangs der **„Urania“**
(Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft) am 1. Oktober. Jeder kann sich beteiligen.

Wertvolle Bar- u. Buchprämien
werden den Werbenden für die Gewinnung neuer Abonnenten gewährt
Mehrere 1000 Mark
sind als Prämien bereitgestellt.
Der Wettbewerb wird am 31. Okt. abgeschlossen. Dann erfolgt die Verteilung der Prämien.
Beteiligen Sie sich! Wir informieren Sie gern näher über die Bedingungen u. senden Ihnen sofort reichhaltiges Werbematerial.
Probehefte u. Prospekte gratis!
Volksbuchhandlung

Halberstädter Tageblatt
Noch ist es Zeit, Ihr Eigentum gegen **Rost und Fäulnis** durch Anstrich zu schützen
Oele, Lacke, Farben und alle **Bedarfsartikel** für **Lackierungen** und **Anstriche**
lachmännlich ausprobieren und von anerkannter Güte, kaufen Sie am besten und preiswert bei der
Rohstoff-Genossenschaft der Maler
Blücherstr. 19. Geschäftszeit von 8—12 u. 2—5 Uhr. Fernr. 161

Balatum
der billige Bodenbelag, reguläre Ware ohne Fehler, Quadratmeter **Mk. 2,10**
Teppiche
150/200 cm 200/250 cm 200/300 cm
9,- 15,- 18,-
Läufer
67 cm 100 cm 133 cm breit
1.60 2.75 2.95
Gebr. Sondheim
Hohenweg 20
gegenüber der Markthalle.

Billig! Billig!
Mittwoch, Donnerstag und Freitag ist eine große **Erstaufl.**
garantiert **grüne Seringe**
ein und verkaufe solange **Vorrat reicht**
das ganze Band für **20 Pf.**
Gundermanns Filzhalle, Hobeweg 25
oecubener Reichenbach **Telephon 2757**
Zweiggeschäft: **Dittmarstr. 4**
NR. Die Ware ist hochmarke Qualitätsware.
5 bis 6 Stück auf 1 Bund.

Quedlinburg.
Im städtischen Kindergarten
Menschenalter 14, können zum **Wiederbeginn des Betriebes** nach den Herbstferien auch einige **Kinder aufgenommen** werden.
Anmeldungen sind umgehend im Rathaus, Zimmer Nr. 18, anzubringen.
Quedlinburg, den 13. Oktober 1930.
Der Magistrat.

Deffentliche Mahnung.
Die rickständigen **Grundbesitzer** und **Hausbesitzer** werden, die **Grundbesitzer**, **Kanalarbeitnehmer**, **Strohengrenzungen**, und **Müllabfuhrgebühren**, **Straßenreinigung** und das **Steuergeld für Oktober 1930** bis 18. d. Mts. an die **Stadtkassen**, Rathaus, Zimmer Nr. 1, zu entrichten.
Überweisungen durch Banken, durch die **Post** müssen unter Angabe der **Steuernummer** mindestens 2 Tage vorher erfolgen.
Vom 20. d. Mts. erfolgt **Einzugs** der **Steuern** durch **Zwangsvollstreckung**.
Die **Stadtkassen** sind für **Steuergeldungen** vom 20. d. Mts. bis einschließlich 25. d. Mts. geöffnet.
Quedlinburg, den 14. Oktober 1930.
Der Magistrat.

Stadt. Theater Quedlinburg
in **Schillings Theater**
Gastspiel des Halberstädter Stadttheaters
Montag, den 20. Oktober 1930, 20 Uhr pünktlich
„Egmont“
Schauspiel in 6 Aufzügen (12 Bilder) von **Goethe**
Musik von **L. v. Beethoven.**
Vorverkauf bei der **Firma Krebs** und im **Städt. Verkehrsamt (Wachtel)**. Preise der Plätze **3,50, 2,70, 1,90** zuzüglich 20 Pf. für **Garderobe.**

Thale
Dank an die Wahlbräue.
Die **Wahlbräue** hat sich um das Wohl der **Wahlberechtigten** in Thale verdient gemacht und die **Wahlberechtigten** des Reichs, der **Städte** und der **Gemeinden** höchste Anbiederungen geschickt. Ich **trübe** allen **Beteiligten** **Wahlberechtigten** und den **selbst** ehrenhaftig tätig gewesenen **Mitgliedern** der **Wahlmännerversammlung** und der **Wahlmännerversammlung** dank und **Anerkennung** aus.
Berlin, den 18. September 1930.
Der **Reichsminister** des **Innern**,
Dr. **Wirth.**

Vorlesendes bringen wir allen ehrenamtlich tätig gewesenen **Mitgliedern** der **Wahlmännerversammlung** zur **Kennntnis**, **Bitte** wir **danken** nochmals allen, die sich in **unvergleichlicher** **Mühe** der **Wahlarbeit** unterzogen haben.
Thale a. S., den 6. Oktober 1930.
Der **Magistrat**,
Schönemark.

Oschersleben.
Sozialrentenunterstützung
wird am **Donnerstag, den 16. Oktober 1930, von 4 bis 6 Uhr** gehalten.
Oschersleben (Bode), den 15. Oktober 1930.
Der **Magistrat**, **(Wohlfahrtsamt).**

Wernigerode
Preuß. Süddeutsche Klassen-Lotterie
Nächste Woche Ziehung
1. Klasse
Meine bisherigen **Lose-Inhaber**, die ihre **Lose** noch nicht **erzueuten**, mache ich **nachmals** darauf **aufmerksam** und bitte die **Lose** bis zum **20. Oktober einzulösen**
Nach diesem **Termin** kann ich **wegen** großer **Nachfrage** die **alten Lose** nicht **weiter zurück-**
halten.
K 1 a u e, Staatl. Lott.-Einnahmer, Wernigerode

Für die **Winterabend** empfiehlt
Radio-Setzungen
Die **Sendung** **Carosophon** **Verstärker**
Bootsbuchhandlung
Burgstraße 30.

Zurück
C. Stelzer
Dentist

Kampf der Kulturreaktion.

Reichstagung der sozialdemokratischen Lehrer.

Braunschweig, 14. Oktober. (Eig. Bericht.) In der Stadt, in der sich heute der Tagungstag der Reichstagung der sozialdemokratischen Lehrer abspielt, ist die alte sozialistische Bewegung im vollen Aufschwung begriffen. In der alten sozialistischen Hochschule Braunschweig tagten am 11. und 12. Oktober der Reichsausschuss der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und der sozialistische Erzieherbund.

Der Vorsitzende des Reichsausschusses Löwenthein sprach über die sozialpolitische Lage.

Dem herrlichen Nachmittage fand eine entscheidende Versammlung an demselben Tage statt, die die sozialdemokratische Partei (SPD) gegen die Kultur- und sozialreaktionäre Bestrebungen das Borgehen vor allem der liberalen Aktion, in Reich und Ländern. Unentgeltlich seien die Versuche, in Preußen die weltlichen Sammelstellen als Schulen niedrigeren Ranges zu behandeln. Die Nichtbefähigung öffentlicher Lehrer, die Verbindung einer weltlichen pädagogischen Lehramtsbildung nicht länger gebildet werden. Es sei Aufgabe des preussischen Kulturredirektors Grimme, dem Unrecht ein Ende zu machen. Unbegrifflich sei die Stellungnahme des Deutschen Lehrervereins gegen die weltliche Schulbewegung, durch die er der Kulturreaktion Hilfestellung leistet.

Die größte Wichtigkeit forderte Löwenthein den sozialen Aufbau der Schule durch den Reichsausschuss der sozialdemokratischen Lehrer. Die pädagogischen Grundsätze dieser Aufbauarbeit seien eine ökonomische Notwendigkeit. Das Herausziehen von Millionen Jugendlichen aus dem Arbeitsmarkt würde Millionen Arbeitslosen Arbeit schaffen; die so erparnten öffentlichen Mittel könnten für den sozialen Ausbau der Schule Verwendung finden. Das 9. und 10. Schuljahr müssten Neuorganisation sein aus sozialpädagogischen Gesichtspunkten. Es könnten nur durch die politische Verwirklichung entgegenkommen.

Kreis Halberstadt.

Groß-Dueschütz, 14. Oktober. Todessturz vor Wegen. Auf der Landstraße zwischen Schwansee und Groß-Dueschütz stürzte ein junges Mädchen von einem in Fahrt befindlichen Wagen und kam unter die Räder zu liegen. Die Räder gingen über das Mädchen hinweg. Es war sofort tot.

Kreis Quedlinburg.

Weddersleben, 13. Oktober. Die Mitgliederversammlung der S. P. D. fand am Sonntag abend im „Schwarzen Adler“ statt. Der Unterbezirksleiter Peters hielt einen ausführlichen Vortrag über die politische Lage. In der anschließenden Aussprache handelte die Versammlung einstimmig auf dem Landparlament, den Distriktsparlamenten der Provinz, wenn es sein muß, mit der Partei zusammenzutreten. Dann wurde der Bericht von der letzten Gemeinde-Vertreterversammlung gegeben, welcher nach einer Aussprache gutgeheißen wurde. Im Punkt Verchiedenes wurde noch beschlossen, die Aufstellung des Parteiprogramms für den 9. November dem Vorstand zu überlassen.

Neinlefeld, 15. Oktober. Schwerser Autounfall. Am Montag abend gegen 24 Uhr kam ein mit 8 Personen besetztes Auto aus der Richtung von Thale. Da der Führer des Wagens der Straße zwischen Neinlefeld und Weddersleben nicht kundig war, und die letzte Kurve an der Friedensstraße übersehen wurde, fuhr das Auto gegen einen Baum. Am letzten Augenblick konnte der Führer noch abstoppen, was ein Ueberfliegen des Autos herbeiführte. Der neben dem Führer sitzende Ehegatte sprang im letzten Augenblick aus dem Wagen. Die übrigen Anwesenden wurden herabgeschleudert und lamen mit leichten Verletzungen davon. Der Obergeleitete Schmitt von der S. P. D. von Quedlinburger Parteifunktionäre wurde getötet. Kommissar Dr. Sell, Neinlefeld und die hiesige Kolonne der Arbeiter-Samariter leisteten die erste Hilfe. Die Unglücksfälle bieten einen schauerlichen Anblick.

Neinlefeld, 15. Oktober. Das Fest der fidelesten Hochzeit in unserer Gegend fand am Sonntag abend im „Schwarzen Adler“ statt. Die Gäste waren in großer Zahl erschienen. Die Hochzeitsfeierlichkeiten verliefen in jeder Hinsicht vortrefflich. Die Brautpaare sind langjährige Funktionäre der Partei. Hiermit überbringen wir dem Brautpaar die besten Glückwünsche.

Mitteldeutsche Rundschau.

Halle. In einer Wohnung der Goethestraße in Halle wurde ein 72jähriger Mann tot aufgefunden. Der Arzt stellte fest, daß der Tod durch Gasvergiftung eingetreten war. Es liegt ein Unfallsfall vor. Der Mann hatte sich sein Eisen getoht und vergiftet, den Gashahn zuzudrehen.

Neuenhof. Seinem Leben ein Ziel setzte der in Kloster Neuenhof wohnhafte Arbeiter R. Raabe. Die Gründe, die den Mann zu dieser grausamen Tat Veranlassung gegeben haben, sollen am Sonntag auf einem Bergang, wo er mit seinem Bruder wiederholt in Streit geriet, nach Schluß des Bergangens befestigte er seine Braut noch nach Hause und verabschiedete sich warm von ihr. Darauf begab er sich zum Bahnhofsplatz, wo er den nächsten Zug anwarnte und sich in unmittelbarer Nähe des Bahnhofsgebäudes vor den Augen des Bahndienstes überleben ließ.

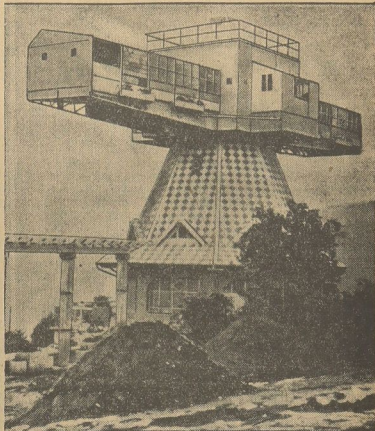
Tödlicher Unfall im Kruppwerk Magdeburg-Budau. Magdeburg. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im Kruppwerk in Magdeburg-Budau. Infolge Getriebs einer Kranke wurde der Säger Friedrich Meißner aus Dobendorf schwer verletzt. Er erlitt außer schweren Kopfverletzungen einen Oberschenkelbruch und Unterschenkelverletzungen. Der Verunglückte starb an den Folgen des Unfalls im Krankenhaus Eudenberg.

Zur Auffassung des Mordes bei Wilmersfen. Sachverhalt. Die weiteren Untersuchungen der Magdeburger Kriminalpolizei zu dem Mord an der Erna Strube lassen keinen Zweifel mehr, daß der sich durch Selbstmord selbst gerichtete Ziegelfabrikant und Landwirtshof Otto Hartmann aus Tater anzufragen ist. Als wichtiges Beweismaterial wurde in einer alten Scheune ein gemauertes Begräbnis gefunden, der dem Hartmann gehörte und noch aufgefunden wurde. Gegen ihn der Untersuchung eingetragene Haardiebstahl, über den wir bereits berichtet haben, für Hartmann sehr bezeichnend. Die Morbfunktion ist zum lächelnden Raubmord der Täterhaft noch immer an der Arbeit.

Partei-Genossen und -Genossinnen, werbt für Euer Blatt!

Vermischtes.

Das drehbare Sanatorium.



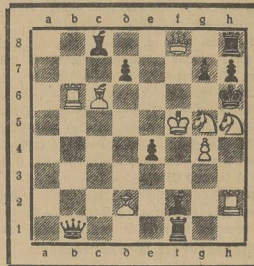
Ein eigenartiger Sanatoriumsbaubau in Lig les Bains (Südranreich)

Auf einem Mittelmeer befindet sich ein 27 Meter langer Zylinderkomplex, der mit seinen 100 Tischen von einem Motor von nur 4 Pferdestärken gedreht werden kann, jedoch die Kranzstruktur stets der Sonne zugewandt bleiben. Diese merkwürdige architektonische Neuschöpfung ist ein Werk des französischen Architekten Gaudin.

Großfeuer. In Schleswig-Holstein wütheten am Dienstag mehrere große Brände. In Rendsburg wurde ein Wohnhaus, das mit einem Wirtschaftsgebäude verbunden war, eingeeigert. Auch einiges Vieh ist mit verbrannt. An Sparteibild wurde die Wohnung des Bandmanns Kempe durch ein großes Schadenfeuer völlig vernichtet. Hier sind beträchtliche Ernteeinbußen sowie zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen mit verbrannt. In der Ostküste brannte bei Rendsburg ein trockendektes Wirtschaftsgebäude einer Landwirtschaf in Flammen. Das Gebäude wurde völlig eingeeigert. Die Entstehursursache konnte in allen drei Fällen noch nicht ermittelt werden.

Verhelfungen eines Geflügels? Gegen einen katholischen Geflügler in dem Berliner Barock Park ist ein Strafverfahren eingeleitet worden, weil er sich in mehreren Fällen an minderjährige Kindern vergangen haben soll.

Schach-Ecke
William Anthony Shinkman.
Aus A. C. Withes: „Tausendundein Selbstmatt“
Schwarz



Selbstmatt gewinnen in der Löserwelt im allgemeinen keine besondere Wertschätzung. Ganz zu Unrecht! Denn das Selbstmatt ist ebenso schön und spannend wie das direkte Mattproblem. Wenn wir heute zur Abwechslung ein Selbstmatt bringen, so nur, um den Beweis anzudeuten, daß in dieser Aufgabe ein gesunder Witz stecken kann. Die Lösung lautet: 1. Sg3-f4, 2. Lf2-h4, 3. Sg5-f4, 4. e4-d3, 5. Lc6-e4, 6. d7-d6, 7. Sg4-f6, 8. Th8-d8#. In 4 Zügen acht aufgedecktes Schach - will man noch mehr verlangen? Das Schachdomervertet auf den Schritten und Geraden, in allen Ecken und Enden, von Schwarz sowohl wie von Weiß, S-Schach, T-Schach, L-Schach, D-Schach, B-Schach - ein Unikum von Schachaufgabe! Eine Nebenvariente haben wir noch, und zwar nach 3... Df1xTb6; 4. Df8-f6+, Df6-d4#. - Wir bitten, diese Aufgabe eingehend zu studieren.

Lösung zur Aufgabe von Rud. Böhner aus der vorletzten Nummer.
1. Dh4-g4 droht 2. Dg4-d7#. f... Ta5xc5; 2. f4-f5#. 1... Sb5xc5; 2. Sg3-f4#. Feldverbaue auf c5 sowie Ausschalten des Th3 f... Lf1-c4; 2. f6-f7#. 1... Sb2-c4; 2. Sd8-e6#. Feldverbaue auf e4 sowie Ausschalten des Lg8 1... Ta6-a7; 2. Sd8xc6#. Ablenkung. 1... Lf1-g2 (h3); 2. Sg3-e4#. Ablenkung.

Lösung zur Aufgabe von Art. Klinke aus der vorletzten Nummer.
1. Lb7-a8 droht 2. Sd5-b4#. f... Tc4-d4; 2. f4xc5#. 1... La1-d4; 2. Sd5xb4#. 1... Tg3-d5; 2. Sf2xc4#. 1... Lb1-d3; 2. b4-b5#. Viermaliges Ausschalten des Td2 durch Zwischenzettel schwarzer Figuren. Im vorliegenden Falle mittels einer doppelgetriebenen Grimshaw-Verstellung. Eine sehr gut gelungene Ideenverknüpfung! Im Drospiegel haben wir eine Ausschaltung des Läufers. 1... b6b3; 2. Sd5-b7#. - Beide Aufgaben werden siederlich gelöst haben. - R. B. -

Amerikanisches Riesengeflüß.



Einer der gigantischen Werke, wie sie jetzt an der amerikanischen Küste ausgebaut werden.

Wirtschaft und Handel.

Marktberichte.

Magdeburger Viehmarkt.

Magdeburg, 14. Oktober. Städtischer Schlacht- und Viehmarkt der Notermittlungskommission. Die Preise sind Marktwerte für niedrigen gemessene Tiere und solchen...

Berliner Viehmarkt vom 14. Oktober. Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 42-46...

Buttermarkt. Offizielle Festsetzung der Berliner Butternotierungskommission vom 14. Oktober: 1. Sorte 133 Mark, 2. Sorte 121 Mark...

Magdeburger Produktentwürfe. Magdeburg, 14. Oktober. An der heutigen Magdeburger Produktentwürfe kamen folgende Preisfestsetzungen auf: Weizen: 76-77 kg...

Berliner Getreidebörsen vom 14. Oktober.

Table with 2 columns: 13. Okt. and 14. Okt. listing prices for various grains like Weizen, Roggen, Gerste, etc.

Sport.

Zug der Arbeiter-Regierung räumt mit der kommunisierenden Opposition auf! Der am 11. und 12. Oktober stattgefundene außerordentliche Bundeskongress in Chemnitz...

Der Arbeiter-Schmiedeverein „Brotbesitzer“ hält heute abend eine wichtige Mitgliederversammlung ab.

Donnerstag der VfL. Das Ende der 1. Liga. Am 2. Oktober 1910 hat die VfL...

Sport-Club 1910 e. V. Im letzten Sonntag erlebte 1910 das letzte Preisenstadium der ersten Serie...

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Selbsthaft. Der Reichsbanner macht nochmal auf das am Sonntagabend, den 18. Oktober, in sämtlichen Männen des Reichsbanners stattfindende Verhörsverfahren aufmerksam.

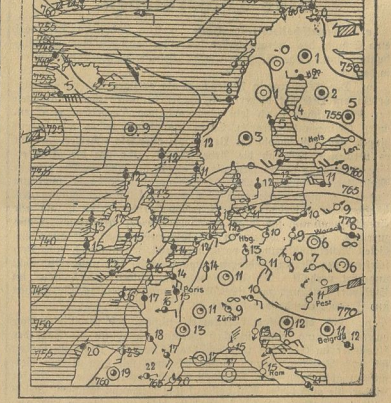
am Freitag, 17. Oktober, findet wegen der Bundesratsamtsamung keine Sitzung. Dienstag. Im Anblich an die am Sonntag in Magdeburg stattgefundene Reichsbanner-Konferenz...

Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiter-Jugend (S. A. J.). Unterbeirat Selbstbehalt. Bernauerode. Am kommenden Sonntag findet im Stadt. Jusenbleim in Bernauerode eine außerordentliche Sitzung statt...

Publikations-Bericht. Donnerstag, 16. Oktober, 20 Uhr im Heim: Arbeitersamstag. „Der deutsche Reichstag und die politischen Parteien“.

Amtliche Wetternachrichten.



ERKLÄRUNG. Isothermen, Isobaren, Windrichtung, Windstärke, Regen, Schnee, Nebel, etc.

Wetterdienstliche Magdeburg.

Wetterdienstliche Mitteilungen vom 16. Oktober abends. Das Ombrometer bei Mittelverna wird a. St. etwas nach Osten zurückgedreht...

Wir empfehlen in bekannter Güte. Alle Sorten Würstchen, Aufschnittwaren, rohen und gekochten Schinken, Lachsfilets, Burgunder Schinken, Kaffee, etc.

RHEUMA Vorbeugen Hausmittel aus dem Bad Salzschlirf. Mineralbrunnen-Gesellschaft m. b. H., Magdeburg, Petersberg 9.

An die Mitglieder des „Bücherkreises“. Die für das 3. Vierteljahr 1930 fälligen Bücher sind eingetroffen und können gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte...

Hanzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erhöht monatlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unterm Bogen und Agenturen entgegen- genommen. Redaktion u. Druckerei Salferstraße, Dampflag 45. Fernruf 2914. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Meier, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft: Arthur Mollenhauer, für den lokalen Teil Wilhelm Kindeermann, für Anzeigen u. Inserate: Carl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonietexte oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restanzeigen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgehende Anzeigen bei Zustellung vorliegende letzte Kunde. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Salferstraße, Dampflag 45 (Fernruf Nr. 2913). Postfachkonto Wagedau 4626 und Volksbuchhandlung (Eisermarkt) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 242

Mittwoch, den 15. Oktober 1930

5. Jahrgang

Streik erklärt.

Die Berliner Metallarbeiter treten heute in den Kampf.

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Ber.) Von den 126 185 in den Betrieben des Vereins Berliner Metallindustrieller beschäftigten Arbeitern haben sich 106 433 Arbeiter und Arbeiterinnen an der Urabstimmung für oder gegen den Lohnabbauschiedspruch beteiligt. Davon wurden abgegeben für die Ablehnung des Spruches 90 599 Stimmen, für die Annahme 15 534 Stimmen. Eine Störung der Stimmzettel durch den Arbeitgeber nach dem Eingangs der Abstimmung und den Stimmzettel des Metallarbeiters mit stürmischen Parolen auf. Schließlich in den 276 Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen treten heute in den Streik. In jedem Betrieb haben die Streikenden nach den Vereinbarungen des Metallarbeiters einen Streikfahnen zu hissen und bis 10 Uhr vormittags an das Büro der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes Bericht über den Beginn des Streiks zu erstatten.

Die Wärfel sind also gefallen. Am heutigen Mittwochs beginnt der große Kampf der Berliner Metallarbeiter gegen die Lohnabbauforderungen der Metallindustriellen. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat die Ortsverwaltung angewiesen, alle Maßnahmen zu treffen, damit die große Rotweiberaktion der Berliner Metallarbeiter auf der ganzen Linie mit voller Macht einleiten kann. Die Arbeitsüberlegung wird infolgedessen sämtliche Metallbetriebe erfassen.

Der Streik ist im Rollen. Ein großer Kampf beginnt — ein Kampf, auf den die Augen der proletarisierten Arbeiterschaft ganz Deutschlands gerichtet sein werden, ein Kampf, dessen Ausgang für die Neuordnung der Lohnfrage bedeutsam sein wird. Die Berliner Metallarbeiter kämpfen in ihrem Kampf nicht nur für ihre, sondern für die Sache der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Hinter ihnen steht bereits — das dürfen die Berliner Metallarbeiter gewiß sein — auch die gesamte deutsche proletarisierte Arbeiterschaft mit lebhaftester Anteilnahme an dem großen Ringen zwischen Arbeit und Kapital.

Bei dem Berliner Metallstreik geht es wirklich nicht um kleine Dinge. Seine Bedeutung läßt sich kaum übersehen. Im politischen und geistigen Leben der deutschen Arbeiterbewegung der kommunistischen Fraktion. Sie fordert 20 Schloßerhöhung pro Stunde. Das soll nach etwas ausfallen. Dabei weiß doch nun allmählich auch der letzte Arbeiter im letzten dunklen Dorf, um was es zuerst in Wirklichkeit geht. Ja, wenn man mit der großen Klasse Arbeitssachen auszuweisen könnte, dann wäre die Sache einfach. Dann wäre es am besten, wenn die Gewerkschaften einpaddeln und das Kampffeld der „KOD“, d. h. der

„Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ der Kommunisten überfallen würden. Die Kämpfer dann spielend den Konflikt lösen. Einweisen sind wir leider noch nicht so weit, daß Arbeitstämpfe mit dem großen Maul durchgefohlen werden. Einweisen stehen die Dinge so, daß nur reifliche Einmütigkeit der Metallbetriebe in den Fabriken und Werken dieser Tage einen wirklichen Ausgang gegen Lohnabschub und Walfangherdigung darstellt. Duerberei ist in diesem Augenblick gleichbedeutend mit Verrat an der Sache der Arbeiter. Disziplin, Zulammenhalt und Geschlossenheit sind oberstes Gebot. Erst wenn das Unternehmertum liefert, daß es einem gesellschaftlichen, linken Bollwerk gegenübersteht, kommt es zur Befreiung.

Die Führer im Kampf.



Min Brandes und Max Reich, der Führer des KOD und der Streikleiter in Berlin.

Der Reichsarbeitsminister hält sich noch zurück.

Das Reichsarbeitsministerium hat, wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, in Berlin Metallarbeitern nach der Verschärfung der Situation in den Betrieben noch nicht Stellung genommen. Es wartet zunächst deren offizielle Erklärung zum Schiedspruch ab.

Landtags-Beginn.

Das Mißtrauen der Reaktion gegen Otto Braun's Regierung.

Berlin, 14. Oktober. (Eig. Bericht.) Der Wiederbeginn der Landtags-Sitzungen nach der Sommerpause am Dienstag brachte nicht die von vielen Seiten erwartete Sensation. Trotz der bevorstehenden Lage im Reich und trotz der nationalsozialistischen Kravalle in der Reichshauptstadt wickelte sich die Landtags-Sitzung glatt und reibungslos ab.

Präsident Brauns eröffnete die Sitzung am 13. Uhr 15 Minuten und gebärdete zunächst des Ablebens der Frau, Frau Kirchmann (Gez.) und Mengel (Rom). Die Abgeordneten hatten sich zu Ehren der Verstorbenen von den Särgen erhoben. Der Präsident gab sodann bekannt, daß die Abgeordneten Gutwald (Str.), Schulte (Rom), Grube (Rom), Kaufmann-Eberfeld (Wittos) und Dr. von Meißner, die in dem Reichstag gewählt wurden, ihr Landtagsmandat niedergelegt haben. Nach Erledigung kleiner Vorlagen trat das Haus sofort in die Beratung ein.

Auf der Tagesordnung stand die Beratung des kommunistischen Mißtrauensvotums gegen das gesamte Staatsministerium, das von dem kommunistischen Kasper eingehend begründet wurde. Es ist überflüssig, besonders hervorzuheben, daß der kommunistische Redner die unter Führung des Sozialdemokraten Otto Braun stehende Preussische Regierung in diesem Zusammenhang als verantwortlich machte, was zu einer internationalen Weltmeisterkämpfe mit ihren traurigen Konsequenzen geführt hat.

Selbstverständlich erklärten die Sprecher sämtlicher Oppositionsparteien, daß sie für das kommunistische Mißtrauensvotum stimmen werden. Die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten und alle reaktionären Splitter leben in der Reaktion Otto Braun den selben Vorwurf, Republik und Demokratie stütz, und gegen den sie in Berlin aufzutreten. Selbsthaft aber vergeblich verlor die nationalsozialistische Redner Kube von dem Berliner Aufstellungen des so schließlichen Mobs abzurufen, in dem er sie als das Wert von Volkspolitik bezeichnete. Auch ein Verweis auf positive Mitarbeit und Verantwortung legte er ab, allerdings nur für den Fall, daß eine Regierung sich zu dem nationalsozialistischen Grundgedanken bekennt. Schließlich kündigte er noch das

Vollschreiben für die Landtagsauflösung an, wobei er allerdings großschweigsch hinarbeitete, daß dieses demokratische Mittel vom Volke nur benutzt werden, um die Demokratie zu stützen. Als er abtrat, hallten ihm die Kommunisten von der Tribüne während Beifall und stießen laute „Heil“-Rufe aus. Die kommunistische Fraktion antwortete prompt mit „Noch weiter“. Schnell und unauffällig wurden die Patentreuebekenner von der Tribüne entfernt.

Abg. Laverenz

erklärte, daß seine Fraktion nicht die Absicht habe, das kommunistische Mißtrauensvotum wegen sich auf eine große politische Diskussion einzulassen. Er legte den Kommunisten sehr deutlich, daß sie nicht im Traum daran denken können, eine Sozialdemokratische Regierung zu stützen. In diesem Falle würde es sich klar gegen die Kommunisten in ihrem bindungswürdigen Kampf gegen Sozialdemokratie lebhaft der sozialistischen Diktatur dienen. Weder Kommunisten noch Nationalsozialisten, die in dieser Zeit der Not das politische Streu gesammelt haben, könnten mit einem dauernden Erfolg rechnen. Hinter der sozialdemokratischen Partei liege eine durch Jahrzehnte im Klassenkampf gefestigte Arbeiterschaft.

„Dieses alles habe gesagt, weil es nicht gemacht werden dürfte. Dagegen habe die Preussische Regierung unter Otto Braun ruhige und sachliche Zusammenarbeit geleistet. Die Preussische Regierung ist die einzige Regierung, die die Zukunft Deutschlands durch Demokratie sichere, und deshalb würde die sozialdemokratische Fraktion das Mißtrauensvotum nicht nur ablehnen, sondern die Preussische Regierung mit allen Mitteln stützen.“

Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum findet am Donnerstag 2 Uhr statt. — Auf der Tagesordnung der Mißtraufstellung stehen die Auflosungsanträge der Wirtschaftspartei und der Kommunisten, der kommunistische Antrag auf Einsetzung der Zahlungen nach dem Aufrufplan, ein demokratischer Antrag über die Berliner Unruhen am Montag. Die große politische Aussprache wird mit einer Rede des Ministerpräsidenten Otto Braun eröffnet.

Die Reichstags-Diäten.

Von Wilhelm Reil, M. d. R.

Der erste ordnungsmäßig im neuen Reichstag eingetragene Antrag vor der Sozialdemokratie, die Diäten der Reichstagsabgeordneten mit sofortiger Wirkung um 20 Prozent zu kürzen und die Regierung aufzufordern, sofort einen Gehaltentwurf vorzulegen, wonach auch die Gehälter des Reichspräsidenten und der Minister, sowie deren Pensionen im gleichen Maße gekürzt und darüber hinaus allgemein ein 50-prozentiger Betrag für Pensionen von 12 000 M. pro Jahr festgesetzt wird.

Dieser Antrag ist als vorläufige beschleunigt durchzuführende Maßnahme gedacht. Er läßt die Frage einer allgemeinen Gehaltskürzung unberührt. Der Vorfall, den die Regierung Brüning in ihrem Sanierungsprogramm gemacht hat, muß nach sehr gründlich geendet werden. In einer kräftigen Kürzung der Gehälter der hohen Beamten wird die Sozialdemokratie ohne weiteres mitzugehen bereit sein, bei denjenigen Beamten, deren Besätze sich an der Grenze des Existenzminimums bewegen oder es gar schon unterschreiten, wird sie Schonung verlangen. Was die Pensionen betrifft, so wird die Sozialdemokratie an ihrem immer, besonders noch vor der Auflösung des letzten Reichstags, vertretenen Standpunkt festhalten, daß eine Höchstgrenze gezogen werden muß. Findet sich im Reichstag eine antionistische Mehrheit, die einen niedrigen Existenzbetrag als Höchstgrenze festlegen will, so wird die Sozialdemokratie das festgesetzte Höchstmaß betrachten wie ihr heutiger Antrag beruht auf der Ermäßigung des wahrheitsgemäß Erreichbaren.

Seit eine Bemerkung zur Diätenfrage. Sie hat, genau wie die Frage der hohen Gehälter und Pensionen im letzten Reichstag eine große Rolle gespielt. Die Diäten der Abgeordneten sind seit dem Bestehen des Reichstages im Kampfe. Von der Gründung des Deutschen Reichstages im Jahre 1874 bis zum Jahre 1906 bekamen die Reichstagsabgeordneten (die aus dem allgemeinen Wahrecht hervorgegangen) keine Diäten, während die Landtagsabgeordneten in den Bundesstaaten (die aus Klassenwahlrecht hervorgegangen) von jeder Diäten bezogen. Nach einer Reichstagsauflösung wurde auch die Entschädigung der Abgeordneten mit ihrer Partei unzulässig. Die Diätenlosigkeit sollte nach Bismarcks Willen ein Gegenmittel gegen das allgemeine Wahrecht sein. Ingehirnen der bestellten und minderwertigen Schichten sollte es unmöglich gemacht oder doch erschwert werden, dem Reichstag anzugehören. Dieser Zweck wurde nicht erreicht. Die Sozialdemokratie, gegen die sich die Diätenpolitik in der Bestimmung an der Reichstagsarbeit zu ermöglichen.

An der Gelegenheit, daß der politische Zweck der Diätenverweigerung nicht erreicht wurde, beschloß der alte Reichstag im Laufe der Jahre gegen die Stimmen der Konfessionen immer aus neue die Einführung von Reichstagsdiäten, der Bundesrat lehnte jedoch stets diese Beschlüsse ab bis zum Jahre 1916, dann endlich gab er nach. Von diesem Jahr an wurden den Reichstagsabgeordneten jährlich 3000 M. Diäten gewährt. Die Mitglieder ausländischer Parlamente erhielten ebenso Sachrenten, außer, erhielt höhere Diäten, die den Reichstagsabgeordneten gleichwertig zu etwa 21 000 M. im Jahr betragen.

colorchecker CLASSIC



Die Streifen sind für die Bestimmung des Farbgleichheitsmaßes (D50) geeignet. Die Streifen sind für die Bestimmung des Farbgleichheitsmaßes (D50) geeignet. Die Streifen sind für die Bestimmung des Farbgleichheitsmaßes (D50) geeignet. Die Streifen sind für die Bestimmung des Farbgleichheitsmaßes (D50) geeignet.